Italienische Kammer.

Die Stellung des Vatikans.

K. Zürich, 15. März. In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer stellte der Reformist Altobelli die Anfrage, ob die Regierung nicht zu den kürzlichen vatikanischen Aeußerungen in Angelegenheit der Freiheit und der Unabhängigkeit des Papstes bei der Ausübung seines Amtes öffentlich Stellung nehmen wolle.

Der Vertreter des Justizministers erwiderte: Die Regierung erachtet es weder für notwendig noch für zweckmäßig, die gewünschte öffentliche Erklärung abzugeben.

Hierauf erklärte Deputierter Altobelli unter vielfachen Unterbrechungen seitens der äußersten Rechten und der Klerikalen, daß es ihm notwendig erscheine, zu verhindern, daß man die historisch und politisch für immer liquidierte Frage der Beziehungen zwischen Italien und dem Vatikan wieder belebe. Redner verlangte von der Regierung, daß sie zu der Frage der eventuellen Teilnahme eines Vertreters des Papstes am Friedenskongresse Stellung nehme sowie für den Fall, daß eine solche Teilnahme unterbleibe, auch die Möglichkeit praktisch ins Auge fasse, daß der Friedenskongreß auf Verlangen der Feinde Italiens die sogenannte römische Frage zu erörtern suche.

Keine weiteren Abenteuer.

Hierauf wurde die wirtschaftliche Debatte fortgesetzt. Deputierter Ruini (radikal) erörterte die Irrtümer und Versäumnisse der Regierung sowie die Notwendigkeit ausgiebiger Unterstützung seitens der reicheren Verbündeten und der Unterdrückung der Einfuhr von Luxusartikeln. Redner führte aus, daß die Regierung bei der Getreideversorgung, welche noch immer nicht ausreichend sei und neuerdings durch die Unterseeboote bedenklich gefährdet werde, über 200 Millionen Lire unnötig an das Ausland eingebüßt habe. Namens der radikalen Partei müsse Redner betonen, daß die Bevölkerung von Unbehagen erfüllt sei, das vielleicht durch die Empfindung mitverursacht sei, daß der Krieg wirksamer geführt werden könnte. Auch die Radikalen wünschen indessen keine weiteren Abenteuer, welche gefährlich werden könnten, sondern ein durchaus realistisches Verhalten, das konkret mit den technischen und militärischen Möglichkeiten rechnet. Die Radikalen wünschen von der Regierung mehr Wärme und erachten es daher für gut, daß alle nationalen Strömungen an der Regierung beteiligt werden. Gewiß fürchte die Kammer selbst den Anschein einer Schädigung des Krieges durch eine Krise, aber die Regierung täte dennoch gut, weitere parlamentarische Energien in sich einzubeziehen. Dann werde die nationale Eintracht vollkommen und ein schönes Gegenstück zu den Frühjahrstaten auf dem Kriegsschauplatze sein.

Deputierter Ciriani (klerikal) stellte fest, daß die wirtschaftliche Lage auf die internationalen Verhältnisse einen Einfluß ausübe, weiters, daß die Regierung in ihren Maßnahmen ziemliche Unsicherheit gezeigt habe, daß aber schließlich Parlament und Volk jetzt alles zurückstellen müssen, um den Sieg anzustreben.

Getreide und Kohle.

Deputierter Dugoni (Sozialist) kam wieder auf die Angelegenheit der Kornversorgung zu sprechen und hob hervor, daß die Regierung jetzt das Korn im Auslande mit 60 Lire für den Doppelzentner bezahlen müsse und bei den Festsetzungen der Maximalpreise im Inlande Täuschungsmanöver ausführe, vermöge deren die Oeffentlichkeit von der Teuerung nicht unterrichtet werde und der Staat insgeheim beträchtliche Zuschüsse mache. Ferner gehe aus der amtlichen Statistik hervor, daß die Regierung in den letzten zehn Monaten 989 Millionen Lire für Kohlen an England bezahlte, während in den vorhergegangenen zehn Monaten für eine größere Kohlenmenge nur 247 Millionen gezahlt wurden. Der Sondergesandte Italiens in London habe nichts gebessert. Die sozialistische Partei halte daran fest, daß für Italien der Krieg keine Notwendigkeit gewesen und daß er schlecht vorbereitet und noch schlechter geführt worden sei. Daher wünsche die Partei Redners keinerlei Verschleierung oder Verwischung der Verantwortlichkeit der Regierung und der interventionistischen Parteien, die trotz der Länge des Krieges und der gewaltigen Steigerung der Belastung, welche Italien durch Valona und Libyen erwachse, den Krieg gar noch zugunsten Frankreichs ausgedehnt sehen möchten.

In Erwiderung auf einen Zwischenruf erklärte Redner, zur Preßtribüne gewendet, daß die Journalisten nationalistischer Observanz besser daran täten, in die Schützengräben zu gehen, und daß sie jedenfalls als Soldempfänger von Ministerien hier kein Recht zur Einsprache haben.

Italien und die Zentralmächte.

Deputierter Scialoja (liberal) ersuchte, die industrielle und kommerzielle Gesetzgebung abzuändern. Er vermißte ein wirtschaftspolitisches Programm der Regierung und empfahl, das Problem der Handelsverträge bereits jetzt zu studieren und alle Möglichkeiten praktisch ins Auge zu fassen, zumal ein Viertel der Einfuhr sowie der Ausfuhr Italiens auf die Zentralmächte entfallen sei und der Großteil der italienischen Produktion schwerlich anderweitig unterzubringen wäre.

Deputierter Giacomo Ferri (Sozialist) zollte als Offizier der Tüchtigkeit der italienischen Soldaten warmes Lob, verlangt aber als Parlamentarier, daß die Kammer mit Heuchelei und Zweideutigkeit aufhöre und auf die Drohungen, die Salandra unter Hinweis auf die Krone auszusprechen gewagt habe, angemessen reagiere. Zweifellos müßte Salandra, wenn jeder Deputierte gemäß seiner politischen Ueberzeugung anstatt aus Opportunitätsgründen abstimmen würde, ohneweiters die Regierung verlassen. Die Regierung habe allenthalben eine Mißwirtschaft getrieben und selbst den Reis, der im Lande massenhaft vorhanden sei, verteuern lassen. Daher spreche Redner der Regierung sein vollkommenes Mißtrauen aus.

Tagesordnungen.

Unter den vielen Tagesordnungen, welche Deputierte zur gegenwärtigen Debatte eingebracht haben, sind hervorzuheben diejenige des Deputierten Enrico Ferri, welche besagt, die Kammer erachte eine Wirtschaftspolitik für notwendig, welche den nationalen und internationalen Bedingungen und den Erfordernissen des italienischen Lebens besser entspreche, ferner diejenige des Deputierten Ciccotti, welche besagt, die Kammer halte eine organischere und sicherere Ausübung der Regierung sowie eine lebhaftere Fühlungnahme mit dem Volke für notwendig, dessen Energien für die bürgerlichen und militärischen Anforderungen des Krieges auszunützen sind, endlich diejenige des gewesenen Ministers Bettolo, welche besagt, die Kammer vertraue, daß die Regierung in klarer Erkenntnis der höchsten Interessen des Landes die schwere Aufgabe erfüllen werde, welche ihr in weitherzigem Vertrauen gestellt worden sei.